Bayerischer Landtag

2. Legislaturperiode

Tagung 1951/52

Beilage 1743

Der Bayerische Ministerpräsident

München, den 31. Oktober 1951

An den

Herrn Präsidenten
des Bayerischen Landtags
München

Betreff:

Entwurf einer Verordnung über die Umgliederung der Gemeinde Opferbaum, Lkr. Karlstadt, in den Landkreis Würzburg

Auf Grund Beschlusses des Ministerrats vom 30. Oktober 1951 übermittle ich in der Anlage den obenbezeichneten Verordnungsentwurf mit der Bitte, die Genehmigung des Landtags gemäß Art. 9 Abs. 2 der Bayerischen Verfassung herbeizuführen.

(gez.) Dr. Ehard,

Bayerischer Ministerpräsident

*

Entwurf einer Verordnung über die Umgliederung der Gemeinde Opferbaum, Lkr. Karlstadt, in den Landkreis Würzburg

Auf Grund des Art. 9 Abs. 2 der Verfassung des Freistaates Bayern verordnet die bayerische Staatsregierung mit Genehmigung des Landtags:

§ 1

Die Gemeinde Opferbaum scheidet am
. 1951 aus dem Landkreis Karlstadt aus und wird dem Landkreis Würzburg zugeteilt.

§ 2

Soweit der Aufenthalt im Landkreis für Rechte und Pflichten maßgebend ist, wird die Dauer des Aufenthalts im Landkreis Karlstadt auf die Dauer des Aufenthalts im Landkreis Würzburg angerechnet.

§ 3

Die zur Durchführung dieser Verordnung erforderlichen Vollzugsvorschriften erläßt das Staatsministerium des Innern im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen.

§ 4

Diese Verordnung tritt am 1951 in Kraft.

Begründung

I.

Seit 27 Jahren ist die Gemeinde Opferbaum bestrebt, ihre Ausgliederung aus dem Landkreis Karlstadt und ihre Eingliederung in den Landkreis Würzburg zu erreichen. Bereits mehrmals war ein Umgliederungsverfahren eingeleitet; es ist jedoch nie zu einem Abschluß geführt worden.

Im Jahre 1947 nahm die Gemeinde ihr altes Anliegen wieder auf. In einem Beschluß des Gemeinderates vom 3. Juli 1948 wurde erklärt, daß in Anbetracht der ungünstigen Lage der Gemeinde Opferbaum im Landkreis Karlstadt die Umgliederung in den Landkreis Würzburg mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln durchgesetzt werden müsse.

II.

Die Gemeinde Opferbaum zählt 750 Einwohner. Sie ist im südlichen Ostteil des Landkreises Karlstadt gelegen. Der nordostwärtige Teil des Gemeindegebietes grenzt an den Landkreis Schweinfurt, der südliche an den Landkreis Würzburg. Im Südosten besteht auf einer kurzen Strecke eine Berührung mit dem Landkreis Kitzingen.

III.

Allgemeine verkehrstechnische und wirtschaftliche Erwägungen sprechen dafür, dem Umgliederungsantrag stattzugeben. Die geographische Lage der Gemeinde Opferbaum im äußersten Osten des Landkreises Karlstadt ist besonders ungünstig. Die Bahnentfernung nach Würzburg beträgt nur 28 km, diejenige nach Karlstadt — die noch dazu über Würzburg führt — fast 53 km. Die Entfernung auf der Landstraße nach Würzburg beträgt 17,5 km, während der Weg nach Karlstadt auf einer gelände- und unterhaltungsmäßig viel schlechteren Straße fast 30 km ausmacht. Hieraus folgt, daß die gewünschte Umgliederung für den Verkehr der Bevölkerung mit dem zuständigen Landratsamt eine erhebliche Erleichterung bringen würde.

Der exponierten Lage der Gemeinde Opferbaum wurde schon im Jahre 1929 bei der Auflösung des Finanzamtes Arnstein dadurch Rechnung getragen, daß Opferbaum dem Finanzamt Würzburg unterstellt wurde, während alle übrigen Gemeinden des ehemaligen Finanzamtsbezirkes Arnstein dem Finanzamt Karlstadt zugeteilt wurden. In Arnstein, das nur 8 km von Opferbaum entfernt ist, befindet sich auch jetzt noch das zuständige Amtsgericht. Der Verlust, den der Landkreis Karlstadt erleiden würde, ist unerheblich. Es gingen ihm nur 750 Einwohner verloren. Seine Steuerkraft würde keine nennenswerte Verringerung erfahren, da die Minderung des Gesamtaufkommens der Kreisumlage nur etwa 2% betragen würde. Der Landkreis Karlstadt würde also in seiner Lebensfähigkeit nicht beeinträchtigt werden.

IV.

Die Regierung hat den Umgliederungsantrag befürwortet. Außerdem haben ihre uneingeschränkte Zustimmung erteilt: Der Landgerichtspräsident Würzburg, der Oberfinanzpräsident Nürnberg, das Finanzamt Würzburg und das Forstamt Werneck. Der Kreistag Würzburg hat sich zuletzt am 21. März 1949 einstimmig mit der Umgliederung einverstanden erklärt.

Lediglich das Landratsamt und der Kreistag Karlstadt widersprechen der Umgliederung. Ihre Befürchtung geht dahin, daß bei einer Genehmigung des Antrages eine Reihe anderer im Osten des Kreisgebietes gelegener Gemeinden ebenfalls eine Ausgliederung betreiben könnten und dadurch der Bestand des ganzen Landkreises gefährdet würde. Demgegenüber ist festzustellen, daß keine zweite Gemeinde des Landkreises Karlstadt eine so ungünstige Lage zur Kreisstadt aufweist wie Opferbaum. Es liegt hier ein Ausnahmefall vor, der den Antrag der Gemeinde rechtfertigt.

V.

Für die Durchführung der beantragten Umgliederung ist gemäß Art. 9 Abs. 2 der bayer. Verfassung eine Rechtsverordnung der Staatsregierung erforderlich, zu der die vorherige Genehmigung des Landtages einzuholen ist.